

Vortrag

ROBERT LESSMANN

BOLIVIEN: REVOLUTION MIT DEM STIMMZETTEL?

**7. März 2006
Renner-Institut**

Kontakt

Akademie für Internationale Politik
Mag. Martin Janata
T +43-1-804 65 01-13
janata@renner-institut.at

Bolivien: Revolution mit dem Stimmzettel?

Im Dezember 2005 hat der sozialistische Gewerkschaftsführer Evo Morales die Präsidentschaftswahl in Bolivien mit deutlichem Abstand gewonnen. Morales erreichte im ärmsten Land Südamerikas einen Stimmenanteil von leicht über 50 Prozent, während sein konservativer Gegenkandidat, Ex-Präsident Jorge Quiroga, mit etwa 31 Prozent abgeschlagen auf Platz zwei landete. Im nun folgenden Vortrag soll der Versuch einer Analyse der Entwicklungen in Bolivien gemacht werden, und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen beantwortet: was ist in Bolivien passiert, was bedeutet das für Bolivien, vielleicht auch für den Rest Lateinamerikas, und wohin scheint in Bolivien die Bewegung zu gehen?

Man könnte die im Titel dieses Vortrags gestellte Frage, ob in Bolivien eine „Revolution mit dem Stimmzettel“ stattgefunden hat, erst einmal mit einem klaren Ja beantworten. Zum ersten Mal seit fünfhundert Jahren herrscht ein Indigener in Lateinamerika. Darin steckt schon eine nicht zu kleine Revolution, vor allen Dingen aber wurden die Neuwahlen von einer Protestbewegung erzwungen, denn der offizielle Wahltermin wäre erst im Jahr 2007 gewesen. Diese Protestbewegung hat zum Sturz zweier Präsidenten geführt: zuerst Gonzalo (Goni) Sanchez de Lozada im Oktober 2003, welcher anschließend das Land verlassen musste. Eineinhalb Jahre später ist auch sein Nachfolger und Vizepräsident Carlos Mesa zurückgetreten. Proteste, Unruhen, Straßenblockaden gehörten seit dem Wasserkrieg von 2000 im Cochabamba praktisch zum täglichen Leben in Bolivien.

Diese Wahlen waren jedoch nicht nur von der Protestbewegung erzwungen, die Bolivianerinnen und Bolivianer insgesamt wollten sie. Das zeigt sich in einer historischen Wahlbeteiligung von 84 %, wohingegen es bei allen Wahlen zuvor wenigstens 10 % weniger waren. Die Wahlbeteiligung war in Bolivien immer relativ hoch, jedoch war sie diesmal enorm hoch und auch das Ergebnis war historisch. Noch nie in der Geschichte des wieder demokratischen Bolivien – nach 18 Jahren Militärdiktatur gab es 1982 die Rückkehr zur Demokratie – hat es eine absolute Mehrheit in Bolivien gegeben. Üblich war ein Kopf-an-Kopf-Rennen der führenden Parteien. Diesmal jedoch hat Evo Morales' MAS 53,7 % der Stimmen errungen. Die konservative PODEMOS landete mit fast 25 % Differenz abgeschlagen auf Platz 2, die eher sozialdemokratisch orientierte UN des Unternehmers Samuel Doria Medina errang 8 % der Stimmen. Das traditionsreiche Movimiento Nacional Revolucionario, kurz MNR, Trägerin der Revolution von 1952 und 1953, und Mitte der 80er Jahre Wegbereiterin der neoliberalen Strukturanpassung, sowie der neoliberalen Reformen der zweiten Generation Mitte der 90er Jahre, **d i e** traditionsreiche Partei unter den Altparteien Boliviens, lag bei 6 %. Die anderen Parteien, ADN/MIR und auch neuere Gründungen wie Manfredo Reyes Villa's NFR, sind unter die 3%-Klausel gerutscht und damit nicht mehr als Parlamentsparteien vertreten.

Man kann also sagen: deutlicher noch, als dieser Wahlsieg ist eigentlich der Abgang der traditionellen Parteien ausgefallen. Bis auf die MNR mit ganzen 6 %, haben diese Parteien praktisch aufgehört zu existieren. Auch darin steckt eine kleine Revolution.

Die Ursache für diese Entwicklung, für diese Proteste, waren fortdauernde Unruhen. Nach dem Sturz von Goni Sanchez de Lozada hatte die renommierte US-amerikanische *Stratfor Intelligence Agency* die Amtszeit dessen Nachfolgers und Vizepräsidenten Carlos de Mesa mit nur wenigen Monaten prognostiziert, sowie mit

noch größeren Unruhen, die womöglich auch die nationalen Grenzen sprengen würden, gerechnet.

Entgegen dieser Voraussagen konnte Carlos D. Mesa als Parteiloser ohne jede Parteibasis immerhin eineinhalb Jahre lang regieren. Dies war über weite Strecken nicht zuletzt der parlamentarischen Unterstützung der stärksten Oppositionskraft – schon damals die MAS – zu verdanken, die bei den vorangegangenen Wahlen im Jahr 2002 bereits 20,96 % der Stimmen errungen hatte und damit nur 1,5 % Punkte hinter dem Wahlsieger Goni Sanchez de Lozada lag. Schon damals erreichte Evo Morales die Stichwahl um das Präsidentenamt.

Was in Bolivien passiert ist, die Protestbewegung und der sich schon im Jahr 2002 abzeichnende enorme Erfolg der MAS, einer Partei, die zum ersten Mal angetreten war und aus dem Nichts ein solches Ergebnis erzielt hatte, war das Ergebnis der Ausgrenzung der Opposition im politischen System Boliviens, aber durchaus auch von Seiten internationaler Organisationen, und einiger Staaten. Eine mir politisch sehr nahe stehende Stiftung hatte beispielsweise auf Druck der Botschaft, welche wiederum von Seiten der US-Botschaft bedrängt worden war, Evo Morales von einer Diskussionsveranstaltung wieder ausgeladen. Im Parlament liefen ähnliche Spielchen. Etwa wurden nach der Sitzungspause alle Fraktionen wieder per Glocke gerufen, nur nicht die Opposition. So war es einer jungen, unerfahrenen Bewegung wie der MAS nicht möglich, ihrer Basis zu zeigen, dass sich politisches Engagement innerhalb des Systems, etwa durch parlamentarische Arbeit, lohnt. Evo Morales hat in seiner Rede zur Amtseinführung bitter Bilanz gezogen über diese ersten Jahre parlamentarischer Aktivität, und die Ausgrenzung, die seine Bewegung erfahren musste. Allerdings hat sich diese Politik der Ausgrenzung für deren Proponenten nicht bezahlt gemacht.

Die instabile Situation in Bolivien, die fortlaufenden Unruhen, sind auf eine Reihe von Ursachen und Faktoren zurückzuführen, welche sich im Großen und Ganzen lassen sie sich in zwei Kategorien einteilen lassen: Zum Einen gibt es sozioökonomische Ursachen, zum Anderen soziokulturelle Ursachen. Hinzu kommen eine Reihe anderer Faktoren wie z.B. die Legitimitätskrise der etablierten politischen Parteien, und nicht zuletzt auch die stets virulente Frage der nationalen Souveränität.

Die sozioökonomischen Ursachen lassen sich relativ rasch abhandeln. Bolivien liegt seit Jahren auf Platz 114 des Human Development Index der Vereinten Nationen, also an der Untergrenze der so genannten Länder mit mittlerem Einkommen. Bolivien ist damit absolutes Schlusslicht in Südamerika. Zwischen 1982 und 1990 befand sich Bolivien in einer wirtschaftlichen Krise und in einer Phase des wirtschaftlichen Umbaus. Diese Zeit war gekennzeichnet zunächst von Hyperinflation, danach vom Zusammenbruch des Bergbaus und daraus resultierender neoliberaler Strukturanpassungen unter Federführung des IWF. In diesem Zeitraum ist die Kaufkraft eines bolivianischen Mindestlohns um 70 % gesunken. Bis heute hat sich die bolivianische Kaufkraft nicht mehr wirklich erholt.

63 % der Bevölkerung – 82% im ländlichen Raum – lebt unterhalb der Armutsgrenze von zwei US-Dollar am Tag. Jeder siebente Bolivianer muss gar mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar am Tag sein Dasein fristen. Zudem herrscht krasse soziale Ungleichheit. Auf die Ärmsten 10 % der Bevölkerung entfallen ganze 1,3 % des Einkommens und des Konsums. Den Reichsten 10 % kommen hingegen 32 % zu. Anders dargestellt: Auf die Ärmsten 20 % kommen ganze 4 % von Einkommen und Konsum, auf die Reichsten 20 % 49,1 %. Das sind Zahlen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen.

Die Deregulierung der bolivianischen Volkswirtschaft durch die neoliberale Strukturanpassung ohne Wiederaufbau hat dazu geführt, dass mehr als 50 % der Menschen im erwerbsfähigen Alter im informellen Sektor tätig sind, entweder ausschließlich oder zusätzlich zu Ihren Jobs etwa als Lehrer oder als Krankenschwester. Sie sind darauf angewiesen Arbeiten zu verrichten, die nicht staatlich registriert sind, wo man keine Steuern zahlt, wo man etwa Batterien und Schnürsenkel verkauft am Prado, oder „schwarz“ Taxi fährt.

Die soziokulturellen Ursachen: die Verfassung von 1993 bezeichnet in der Präambel Bolivien als Staat, der pluri-ethnisch und multikulturell ist. Obwohl die Indigenas die Bevölkerungsmehrheit in Bolivien stellen und auch in Simon Bolivars Befreiungskampf mitgewirkt haben, war die Republik, die aus diesem Kampf 1825 entstanden ist, niemals wirklich die Republik der Indigenas. Das hat sich auch mit der Revolution von 1952/53 nicht geändert, aufgrund der in der Verfassung andiner Kollektivität und indianischen Formen konsensualer Entscheidungsfindung ein westliches Konzept des Staatsbürgers und Privatunternehmers gegenübergestellt wurde.

Was will ich damit sagen? Nehmen wir zum Beispiel die Landreform von 1953: die Landreform von 1953 hat das Land jenen gegeben, die es bebauen – den Kleinbauern. Dieses Konzept war aber nicht nur gegen große *Latifundistas* gerichtet, sondern auch gegen indianische, dörfliche Gemeinschaften mit ihrer Tradition von Gemeinschaftseigentum und gemeinschaftlicher Nutzung dieses Eigentums. Ein anderes Beispiel, auf dem Niveau der politischen Entscheidungsfindung, ist die heute noch übliche Tradition des Zusammentretens des Dorfrats in vielen intakten Gemeinden, um vor Wahlen darüber zu diskutieren und zu entscheiden, wer gewählt wird. Das hat nichts, wie manche Beobachter meinen, mit stalinistischen Einflüssen zu tun, sondern geht auf uralte andine Traditionen zurück. Und diese Art und Weise, solche dörflichen Konsensentscheidungen herbeizuführen, die widerspricht natürlich fundamental einem westlichen Konzept freier, gleicher und geheimer Wahlen, obwohl letztlich natürlich jeder alleine in der Wahlkabine steht. Aber es treffen sich hier zwei unterschiedliche Denkmodelle und zwei unterschiedliche Kulturen.

Was jetzt gefragt ist, wäre aus diesem Zusammenstoß der Kulturen, aus diesem Zusammentreffen, einen Dialog der Kulturen zu entwickeln. Das wird eine der Aufgaben der Regierung von Evo Morales sein. Mit einem entsprechenden Rückenwind durch die breite Zustimmung und die große Legitimität ist er gut gerüstet, denke ich. Dies, und die *Constituente*, die verfassungsgebende Versammlung, die im Juli 2006 gewählt wird und am 6. August, dem Nationalfeiertag, zusammentreten wird, wird der geeignete Rahmen sein, so einen Dialog zu versuchen. Die Reformen der zweiten Generation von Mitte der 90er Jahre, haben versucht hier einen Anfang zu machen. So wurden etwa indigene dörfliche Strukturen durch das Konzept der *Participation Popular* anerkannt. Zum ersten Mal wurden Gemeinden auf dem flachen Lande geschaffen, mit eigenem Budget und Rechtsstatus. Dazu waren so genannte *Organizaciones Territoriales de Base* vorgesehen, und als *Organizaciones Territoriales de Base* hat man sowohl Nachbarschaftskomitees als auch indigene Gemeinschaften anerkannt. Das Problem war, dass diese Reformen ein zweiseitiges Schwert waren, weil die geschaffenen Rechtsformen auf der anderen Seite einer wieder von der Regierung in La Paz gesetzten Logik der Rechnungsführung, der Erstellung von Entwicklungsplänen und Ähnlichem gehorchen mussten – was sich womöglich nicht vermeiden lässt.

Viel schlimmer war aber, dass diese Reformen womöglich zu spät kamen, insofern als dass es nämlich auch gegen diese Reformen der zweiten Generation grundsätzliche

und fundamentale Opposition gegeben hat. Dies wird heute oft vergessen, wenn darüber diskutiert wird, dass Bolivien eine Entwicklung durchgemacht habe, vom Musterland der Reformen zum *Failed State*, in dem zwei Präsidenten gestürzt wurden und permanent Unruhen herrschen. Was da oft vergessen wird ist, dass es dieses „Musterland der Reformen“ womöglich nur in den Augen derer gegeben hat, die diese Reformen erstellt hatten, in Wirklichkeit aber nicht. Zur Durchsetzung dieser Reformen der zweiten Generation musste Goni Sanchez de Lozada Mitte der 90er Jahre zweimal den Ausnahmezustand verhängen. Schon damals war die Lage also eine durchaus polarisierte.

Um die Erläuterung der soziokulturellen Ursachen abzurunden: wer Bolivien kennt, weiß, dass das Wort „Indio“ noch bis in unsere Tage häufig als Schimpfwort gebraucht wird. Die politische Dimension der verschiedenen Versuche des *nation building*, also aus diesem Konglomerat von 36 indigenen Nationen eine Nation Bolivien zu machen, lässt sich am Besten mit den Worten der Soziologin Silvia Rivera Cusicanqui auf den Punkt bringen, die da sagte: "Die Menschenrechte der Indios wurden erst anerkannt, als sie aufhörten Indios zu sein, als sie nämlich eine westliche kulturelle Identität annahmen." Auf diese Weise war der bolivianische Nationalstaat für viele eine Fiktion geblieben.

Das sind also die beiden zentralen Ursachen für die bolivianische Krise wie ich sie sehe. Hinzu kommt als weiterer wichtiger Faktor eine fundamentale Legitimationskrise des politischen Systems. Ich hab schon davon gesprochen, dass die Altparteien, zum Teil schon bei den vorigen Wahlen, aber endgültig jetzt bei diesen Wahlen, von der politischen Bildfläche verschwunden sind. Diese Legitimationskrise hat den Hintergrund, dass der Redemokratisierung von 1982 eine große Ernüchterung folgte. Die Mitte-Links-Regierung wurde für die Überinflation und das allgemeine Chaos verantwortlich gemacht, welchem der Zusammenbruch des Minensektors folgte. Diese Entwicklungen mündeten Mitte der 80er Jahre wiederum in der neoliberalen Strukturanpassung.

Seitdem hatten wir in Bolivien Wahlergebnisse – beispielsweise bei den letzten Wahlen von 2002 – wo die führenden Parteien ganz eng beisammen lagen. 2002 lagen alle drei erstplatzierten Parteien zwischen 22% und 20%, wodurch es keine Mehrheiten gab und der Zwang bestand, Koalitionen zu bilden. Diese Koalitionen fanden dann häufig auch über ideologische Grenzen und persönliche Feindschaften hinweg statt. Ich erinnere bloß an das *Acuerdo Patriótico* zwischen General Hugo Banzer und Jaime Paz Zamora. Jaime Paz Zamora hatte vorher im Wahlkampf noch betont. „Von Banzer trennen uns Ströme von Blut“ und an die Zeit der Militärdiktatur erinnert. Es war dann für die Wählerinnen und Wähler oft nicht nachvollziehbar wie man bei solchen Differenzen trotzdem zusammenarbeiten kann. Was im Ausland von Beobachtern häufig als Zeichen für demokratische Reife und Konsensfähigkeit gewertet wurde, wurde von den Bolivianerinnen und Bolivianern zunehmend als *politicaria* gesehen – als Päckelei.

Daraus resultierte ein Legitimationsverlust, der dazu geführt hat, dass diese Parteien eigentlich niemals wirklich Transmissionsriemen gesellschaftlicher Bewegungen und Forderungen geworden sind. Gesellschaftliche Reformbewegungen entstanden, viel eher als aus politischen Parteien, aus Interessenverbänden, aus Nachbarschaftskomitees und aus *syndicatos*.

Ein weiterer sehr wichtiger Faktor ist der Faktor der nationalen Souveränität. Es war das Movimiento National Revolucionario, das MNR, welches die national getragene

Revolution von 1952/53 durchgeführt hatte. Diese Revolution war dann jedoch auf halbem Weg stecken geblieben, und mündete in eine 18 Jahre dauernde Periode von zum Teil blutigen Militärdiktaturen. Erst nach der Redemokratisierung ist das MNR wieder als Trägerin des neoliberalen Reformprozesses hervorgetreten. Diese *Noueva Politica Economica*, also die neoliberale Strukturanpassung von 1986, war zum größten Teil unter Mitwirkung des Harvard-Ökonomen Jeffrey Sachs in Washington konzipiert und dann vom jungen Planungsminister Goni Sanchez de Lozada umgesetzt worden. Auch die Reformen der zweiten Generation wurden von diesem Team konzipiert, mit denen man Mitte der 90er Jahre versucht hat der Einsicht Rechnung zu tragen, dass die unsichtbare Hand des Marktes allein nicht ausreicht, vernünftige Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlichen Aufbauprozess zu schaffen. Man hat sich also bemüht, durch ein ganzes Bündel von Reformen dem Staat wieder größere Lenkungscompetenz zu geben, auch die Basis besser einzubinden, ich habe in diesem Zusammenhang schon die *Participation Popular* erwähnt. Eine Bildungsreform, weitere Privatisierungen waren auf dem Programm gestanden, aber auch diese Reformen der zweiten Generation waren zum großen Teil von ausländischen Entwicklungsagenturen konzipiert und dann von der ersten Regierung ohne Sanchez De Lozada relativ unsensibel, *top-down*, ohne einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess, durchgesetzt worden. Auch das hat zu einer verbreiteten Stimmung von Souveränitätsverlust geführt.

Schließlich und endlich hat diese Entwicklung dazu geführt, das Bolivien zum *Aid Regime* wurde. Das heißt ausländische Entwicklungshilfe, Vorzugskredite, entsprechen im Durchschnitt der letzten Jahre zwischen 7 % und 10 % des Bruttoinlandsprodukt, das ist viel. 7 % bis 10 % des Bruttoinlandsprodukts sind nahezu 100 % der öffentlichen Investitionen. In vielen Jahren reichte das interne Steueraufkommen nicht einmal aus, um die Staatsbediensteten regelmäßig zu bezahlen. Von daher lässt sich die große Bandbreite an – nennen wir es einmal diplomatisch „Mitgestaltung“ – aus dem Ausland erklären und das macht natürlich dieses verbreitete Gefühl von Souveränitätsverlust und auch die Bedeutung der Nationalen Frage ganz deutlich.

Last but not least ist die Geschichte mit der Koka-Pflanze ein weiterer Faktor, der zur gegenwärtigen Situation beigetragen hat. Die Koka ist eine jahrhundertealte Kulturpflanze im Andenraum. Statuen von Tihuanacu weisen schon darauf hin – durch diesen Umhängebeutel, der heute noch den Bauern als Aufbewahrungsmittel für Kokablätter gilt – dass auch damals schon Koka als Genussmittel im Gebrauch war. Der Gebrauch der Koka-Pflanze ist also eine jahrhundertealte Tradition, tief verwurzelt in der Andenkultur. Ich kenne kein Ritual, bei dem nicht Kokablätter eine wichtige Rolle spielen würden. Aber Koka ist natürlich gleichzeitig auch Grundstoff für die Herstellung von Kokain und insofern war Bolivien genauso wie Peru und Kolumbien in die Schusslinie der internationalen Drogenbekämpfung geraten, die allzu oft den Hauptschwerpunkt auf die Vernichtung von Kokafeldern gelegt, und die Bauern zur Zielscheibe ihrer einschlägigen Aktivitäten gemacht hat. Die internationale Gemeinschaft hat ihre Strategien in einer sehr unsensiblen Art und Weise, *top-down*, durchgesetzt, zum Teil auch mit erpresserischen Mitteln. Es wurde der bolivianischen Führung klargemacht, dass, wenn nicht diese oder jene Maßnahmen ergriffen würden, es auch keine Entwicklungshilfe mehr gäbe. So hing ein knallhartes Damoklesschwert nicht nur über der bolivianischen Regierung, sondern auch über der peruanischen und der kolumbianischen. Vor allem aber hat diese Politik zu einem Gefühl des Souveränitätsverlusts und des verletzten Nationalstolzes geführt.

Nicht zuletzt deshalb hat Evo Morales seine Bewegung, die MAS, und das lässt sich auch haarklein soziologisch und historisch nachweisen, als eine Bewegung bezeichnet,

die aus dem Kokablatt geboren worden sei. Die Kernbasis der MAS stammt aus den *syndicatos* der Kokabauern in Chapare. Diese *syndicatos* waren während des Kolonialisierungsprozess dieser relativ abgelegenen Region gegründet worden, sozusagen als lokale de facto Regierungen, um im subtropischen Regenwald, der für die Migranten ein ganz neues Medium war mit ganz neuen agro-ökologischen Verhältnissen, um dort in Abwesenheit jeder staatlichen Struktur Gemeinschaftsaufgaben zu bewältigen. Diese *syndicatos* haben mit dem Boom der Koka und des *narcotráfico* an Bedeutung verloren, sie jedoch im Widerstand gegen die von den USA und der internationalen Gemeinschaft betriebene Politik der Kokavernichtung wieder gewonnen. Gestärkt, politisiert, und radikalisiert sind sie zur Keimzelle dieses *Movimiento al Socialismo* geworden, das, sobald es zum ersten Mal auf nationale Ebene kandidiert hatte, blitzschnell zum Kristallisationspunkt aller Unzufriedenen im ganzen Land geworden ist. Aber der Ausgangspunkt blieb der Widerstand gegen die Vernichtung des Kokablattes.

Wie ist also der Stand der Dinge? Der amtierende Vizepräsident Alvaro Garcia Linera, ein hochkarätiger Intellektueller – es ist wahrlich ein Genuss ihm bei Diskussionsveranstaltungen zuzuhören – argumentiert gern mit seiner philosophischen und soziologischen Bildung und hält es dann mit Gramsci, wenn er von einem *empate catastrófico* spricht, das das politische Leben in Bolivien in den letzten Jahren geprägt hat. *Empate catastrófico*, das katastrophale Patt zwischen den beiden Blöcken der traditionellen Eliten und der neuen sozialen Bewegungen, das dazu geführt hat, dass ein Präsident nach dem anderen stürzt, dass es dauernd Proteste und Straßenblockaden gibt die das nationale Leben lähmen, und das dazu geführt hat, dass sich die Wähler bei erzwungenen Neuwahlen unerwartet eindeutig entschieden haben. Mein Freund, der Soziologe und Völkerkundler José Mirtenbaum, hat es so ausgedrückt: „Die Wählerinnen und Wähler haben sich gegen Stagnation und Chaos und für eine weithin große Unbekannte entschieden.“ Die MAS ist eine noch sehr junge, noch sehr unerfahrene Bewegung. Es sind vielfach Zweifel geäußert worden, ob die MAS über die personelle und programmatische Decke verfügt, den bolivianischen Staat lenken zu können.

Ich werde im Folgenden auf diese Argumente ein bisschen näher eingehen und auch versuchen zu analysieren was bis jetzt geschehen ist.

Über die gerade mal sechs Wochen, die seit der Amtseinführung vergangen sind, lässt sich noch herzlich wenig sagen. Was sich aber sagen lässt, ist, dass dieses fast schon totgesagte – vielfach war von *Failed State* die Rede – politische System jetzt, nach diesen Wahlen, nach politologischen Kriterien eine Stabilität genießt, wie sie noch niemals da gewesen ist. Es ist mit einer Regierung ausgestattet, die eine so große Legitimität genießt, wie sie vorher noch keine andere genossen hat. Es gibt eine absolute Mehrheit, und daher erstmals im redemokratisierten Bolivien, keine Notwendigkeit eine Koalition zu bilden. Eine Opposition gibt es nur im Senat und in den Departments. Die MAS hat 84 von insgesamt 157 Sitzen im Parlament, und hat in der Abgeordnetenkammer eine absolute Mehrheit. Sie hat im Senat allerdings nur 12 von 27 Sitzen, die konservative PRODEMOS hält 13, die UN 1 und die MNR 1 Sitze. Das heißt, im Senat kann es durchaus eine Situation geben, wo die etablierten Parteien das „Zünglein an der Waage“ sind, welches zu Kompromissen zwingen kann. Allerdings ist Bolivien – und das nicht erst seit diesen Wahlen so, sondern traditionell – ein sehr stark präsidentiell geprägtes System, wo das Parlament de facto eine relativ geringe Rolle spielt.

Es herrscht eine ungeheure nationale Aufbruchstimmung, ein Gefühl von Befreiung nach Jahren des Chaos und der Stagnation. Zustimmungsraten für den neuen Präsidenten kletterten in den ersten Wochen nach der Wahl auf bis zu 75 Prozent. Besonders gut gefällt den Leuten der Antikorruptionskurs und die Unverblümtheit, mit der der neue Präsident spricht. Auch Angehörige der Unternehmerschaft und der Mittelschicht wieherten vor Lachen bei der Aussage, man würde das nicht so treiben wie vorherige Regierungen, die jeweils praktisch den gesamten Beamtenapparat und Funktionsapparat ausgetauscht und mit eigenen Leuten besetzt hatten, als Entschädigung für vorangegangene Gefälligkeiten und Verdienste an der Partei. Nein, der Präsident sagte: „Ihr braucht euch keine Sorgen zu machen, ihr bleibt alle auf euren Posten. Es wird dann eine Evaluierung geben, die mag vielleicht 6 Monate dauern. Wer gut gearbeitet hat bleibt auch nach dieser Evaluierung auf seinem Posten und wer schlecht gearbeitet hat und korrupt war, der bekommt ein Verfahren.“ Das hat breite Zustimmung gefunden.

Zu den Herausforderungen. Die MAS hat sich eine Neugründung Boliviens im Rahmen einer verfassungsgebenden Versammlung vorgenommen. Dies ist ein Mammutprojekt. Es ist trotzdem sehr schnell zu einer Einigung über dieses Projekt gekommen, das damit noch längst nicht vollzogen ist, aber kaum jemand hätte erwartet, dass es wirklich so schnell möglich ist, zumal es einen profunden Streit zwischen Autonomieforderungen der Tieflanddepartements und Forderungen nach nationaler Einheit aus dem Hochland gibt. Kurz nach den Wahlen war es keineswegs eindeutig und sicher, dass diese Einigung so einfach möglich ist, denn die MAS hat in Santa Cruz und in Taricha, das sind die beiden federführenden Regionen bei den Autonomie- und Separationsbestrebungen, 33% respektive 32% der Stimmen erhalten.

Wie dem auch sei, es gab Streit um dieses *Lei de Convocatoria*, das Gesetz das zur Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung nötig ist, denn die MAS verfügt nicht über eine Mehrheit von 2/3 der Stimmen, die dafür notwendig sind. Man musste sich also mit der Opposition einigen. Es kam zu ersten Mobilisierungen auf der Straße und Beobachter hatten schon befürchtet, es geht jetzt alles so weiter, wie bisher. Aber nein, man hat nur zwei Tage lang unter Vermittlung des Vizepräsidenten verhandelt, und Regierung und Opposition einigten sich auf ein *Lei de Convocatoria*, das letzten Samstag, den 4. März 2006, innerhalb von 15 Minuten im Parlament verabschiedet wurde. Nach dieser Einigung in Rekordzeit sind Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung für den 2. Juli 2006 angesetzt, und werden zusammen mit einem Autonomiereferendum stattfinden, das im Rahmen der *Constituyente* bindend sein wird. Dies war der große Kompromiss rund um die Einigung auf die verfassungsgebende Versammlung.

Am 2. Juli werden 255 Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung gewählt, je 3 aus den 70 Wahlbezirken und je 5 aus den neun Departments. Die *Constituyente* wird am Nationalfeiertag, dem 6. August, in Sucre zusammen treten. Sie wird wenigstens 6 Monate, höchstens 12 Monate lang tagen und – ganz wichtig neben diesem Besetzungsmodus – der Verfassungsentwurf muss mit wenigstens 2/3 der Stimmen von der *Constituyente* angenommen werden, bevor er dann dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.

Weshalb habe ich das jetzt so ausführlich erklärt? Es war vielfach eine Befürchtung geäußert worden, der neue Präsident würde mit seiner Bewegung diesen Wahlerfolg nutzen, um nachher durch eine neue Verfassung die Demokratie aus den Angeln zu heben. Das ist nach diesem Modus nicht möglich, denn man benötigt 2/3 der Stimmen der *Constituyente* sowie einen positiven Volksentscheid aufgrund eines Referendums.

Die Rohstoffe sind ein weiteres Thema, welches einen ganz wichtigen Kristallisationspunkt für diese Unruhen, für diese bewegte, jüngste Vergangenheit bildete. Die neue Regierung ist konfrontiert mit der Umsetzung eines *Ley de Hidrocarburos*, also eines Energiegesetzes, das sie selber betrieben hat, und welches dann aufgrund der Ergebnisse einer Volksbefragung zustande kam. Carlos de Mesa, der Vorgänger von Goni Sanchez de Lozada, war im Mai 2005 zurückgetreten, weil er sich geweigert hatte, dieses neue Energiegesetz zu unterzeichnen. Er war der Meinung, es würden dadurch Schadenersatzforderungen in unbezahlbarer Höhe auf Bolivien zukommen. Worum geht es im Kern bei diesem Gesetz? Es geht um eine Erhöhung der Abgaben die ausländische Unternehmen, welche in Bolivien im Energiebereich tätig sind, zu leisten haben. Carlos de Mesa war der Meinung, das wäre so nicht umsetzbar, *pacta sunt servanda*, bestehende Verträge muss man einhalten, sonst werden sich diese Unternehmen an einen Schlichtungsausschuss bei der Weltbank wenden und Schadenersatzklagen gegen Bolivien einbringen, die dann niemals zu bezahlen wären.

Vor dem Amtsantritt hat sich Evo Morales auf eine Auslandsreise begeben, die ihn unter anderem nach China geführt hat. Aus China hat er Zusicherungen von beträchtlichen Investitionen, die nicht näher ausgeführt wurden, mitgebracht. Aus Brasilien hat Morales außerdem Zusicherungen von der halbstaatlichen *Petrobras* erhalten, die 46 % der Gasreserven kontrolliert und 75 % der aktuellen Gasexporte abnimmt, dass man bereit sei, über die alten, bestehenden Verträge zu verhandeln. Außerdem wolle man in Zukunft, konkret in den nächsten 5-6 Jahren, 5 Milliarden US-Dollar zusätzlich in Bolivien investieren. Das war zusammen mit dem Angebot chinesischer Investitionen sicherlich ein ganz wichtiges Signal auch an die anderen in Bolivien tätigen Unternehmen, sich möglicherweise zu überlegen, ob es nicht klüger ist, die Verträge neu zu verhandeln und weniger Gewinn mitzunehmen als ursprünglich in den Verträgen vereinbart, als das Geschäft womöglich den Chinesen zu überlassen. Jedenfalls hat man auch mit Argentinien soweit verhandelt, dass die Angelegenheit nun von einer bilaterale Expertenkommission beurteilt wird.

Ganz aktuelle Neuigkeiten gibt es zum Konflikt mit *Repsol*, der der wichtigste Erdölförderer ist und auch im Bereich der Pipelines eine enorm wichtige Rolle spielt. *Repsol* ist ein spanisches Unternehmen, welches mit der bolivianischen *Yacimientos Petroliferos Fiscales* verbunden ist. Letzte Woche wurde der *Repsol*-Vertreter in Bolivien von der Justiz gesucht. Es besteht nämlich der Verdacht, dass in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt Erdöl im Wert von 9 Millionen Dollar am Fiskus vorbei, nicht deklariert, nach Argentinien und Chile exportiert worden war. Leider hatte es der *Repsol*-Vertreter verabsäumt, vor den Justizbehörden zu erscheinen. Offenbar war es in der Vergangenheit üblich, dass die Vertreter wichtiger Unternehmen es sich leisten konnten, dort nicht zu erscheinen. Das scheint sich nun geändert zu haben. Jedenfalls reiste der *Repsol*-Chef alarmiert nach La Paz, um sich mit Evo Morales zu treffen und zu versichern, dass sein Unternehmen ein reines Gewissen hätte. Weiters beteuerte er, sie hätten alle ihre Schulden bezahlt, würden aber natürlich ein entsprechendes Urteil akzeptieren. Man habe an eine Schadenersatzklage überhaupt nie gedacht. Er sei selbstverständlich bereit, die alten bestehenden Verträge neu zu verhandeln und wolle wie auch *Petrobras* neu investieren. Wie gesagt, dies sind noch ganz frische Entwicklungen. Man muss vorsichtig sein bei Interpretationen, aber das Ganze hat aus meiner Sicht mit einem *Movimiento al Socialismo* erst mal herzlich wenig zu tun. Das ist einfach nur kluge Unternehmenspolitik im Sinne des bolivianischen Staates. Und wenn gestern die spanische Tageszeitung *El Pais* berichtet, dass Bolivien durch diese höheren Abgaben in den Monaten Januar und Februar 90 Millionen Dollar zusätzlich eingenommen habe, dann mag man das auch als Beweis oder als Indiz dafür werten,

dass die vormalige Opposition nicht ganz unrecht hatte, wenn sie den alten Regierungen vorgeworfen hatte, die Ressourcen zu verschleudern und sich zu billig zu verkaufen. Verhandelt jetzt ein Evo Morales, der als politischer "Radikalinski" gilt oder galt und der mit einer satten Mehrheit ausgestattet ist, dann sind diese Unternehmen durchaus, wie es scheint, relativ rasch dazu bereit andere Bedingungen zu akzeptieren. Dem Interimspräsidenten Eduardo Rodríguez hatten *Total* und *Repsol* noch einen Brief geschrieben, in dem sie genau diese Schadenersatzklagen explizit androhten.

Auf den Bereich Souveränität werde ich nur ganz kurz eingehen. Am zweiten Tag seiner Amtszeit hat Evo Morales 28 Generäle in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Meines Wissens nach ist das ein einmaliger Vorgang in Lateinamerika, der wenige Jahre vorher zu akuten Putschängsten Anlass gegeben hätte. Diesmal nicht. Was war der Hintergrund?

In einer dubiosen Aktion wurden chinesische Boden-Luft-Raketen von amerikanischen Streitkräften aus bolivianischen Depots abgeholt, und in die USA gebracht, um entschärft zu werden. Es ist unklar um wie viele Raketen es sich handelte, die einen sprechen von 28, die anderen von 36. Ein denkwürdiger Vorgang, man stelle sich vor, eine ausländische Militärrepräsentanz würde nach Österreich kommen und dort irgendwelche Waffen abholen. Und es ist eigentlich nur ein natürlicher Vorgang, dass man dann auf der politischen Ebene fragt, wer ist denn dafür eigentlich verantwortlich und was war der Grund diese 28 Generäle, die womöglich damit zu tun haben, in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken?

Mein letzter Punkt betrifft noch einmal die Kokafrage. Evo Morales wurde überall sozusagen als der gehörnte Teufel der bolivianischen Politik dargestellt, weil die MAS natürlich auch mit dem Versprechen angetreten war, das Kokablatt zu entkriminalisieren. Einstweilen, nach der kurzen Zeit seit der Wahl auch nicht verwunderlich, passiert gar nichts, es bleibt alles beim Alten. Es hat auch schon erste Unruhen gegeben, allerdings nicht von Evo Morales' Stammbasis, sondern von neuen Kolonisatoren, in neuen Gebieten, die nicht zufrieden sind mit der Politik der aktuellen Regierung. Man hat sich darauf verständigt, vorerst jedem *syndicato*-Angehörigen (was im Großen und Ganzen gleich zu setzen ist mit Familienoberhäuptern) eine Fläche von einem Kato – das ist eine alte andine Maßeinheit – für den Kokaanbau zuzugestehen, das heißt 1600 m². Rechnet man diese Fläche hoch, kommt man in Chapare auf eine erlaubte Anbaufläche von etwa 3.200 ha. Im Vergleich zu rund 10.000 ha die jetzt dort existieren, würde das eigentlich eine Verminderung um zwei Drittel implizieren. Diese Regelung von einem Kato pro *syndicato*-Angehörigem gilt vorerst nur für die Region von Chapare, über alle anderen Zonen hat man bis jetzt noch nicht gesprochen, es gibt auch in den Yungas eine Überproduktion. Dass diese Regelung eingehalten wird, dafür sollen die *syndicatos* der Kokabauern selbst sorgen.

Diese Regelung soll so lange gelten bis eine Studie fertig gestellt ist, die den traditionellen und damit legalen Verbrauch von Koka ermittelt. Solch eine Studie ist seit vielen Jahren Gegenstand eines politischen Hin-und-Hers. Jeder fordert sie, niemand möchte sie gerne durchführen, jetzt wird sie von der Europäischen Union bezahlt, und soll vom Nationalen Institut für Statistik durchgeführt werden. Die empirischen Erhebungen sollen auf subcontractors ausgelagert werden. Es wird also wenigstens ein Jahr lang dauern bis eine solche Studie vorliegt. Man kann mit Sicherheit sagen, dass diese Studie zum Gegenstand eines politischen Konflikts werden wird.

Der Grund dafür ist, dass auf der einen Seite die Vereinigten Staaten, und womöglich verschiedene andere Akteure auf der internationalen Ebene, in der Vergangenheit die Überzeugung geäußert haben, dass der traditionelle Bedarf bei weniger liegt als den jetzt insgesamt zugelassenen 12.000 ha Koka-Anbaugebiet. Auf der anderen Seite sind die *syndicatos* der Kokabauern, und womöglich auch die Regierung, der Meinung, dass es deutlich mehr wären. Ich würde als Sozialwissenschaftler eine solche Studie nicht gern machen, den man kann sich vorstellen wie da verschiedene politische Akteure daran zerren. Diese Studie ist sozusagen die Deadline für eine Richtungsentscheidung in der Koka-Politik, und einstweilen ist noch nichts passiert, was eine Veränderung vom bisherigen Status quo darstellen würde. Der bisherige Status quo ist ein Abkommen aus dem Herbst 2004 zwischen den *syndicatos* der Kokabauer und der damaligen Regierung Carlos de Mesa.

Um auf meine eingangs gestellte Frage der „Revolution mit dem Stimmzettel“ zurückzukommen. Politisch und soziokulturell bedeutet der Wahlsieg Evo Morales' sicherlich einen Erdrutsch. Wenn man Revolution verstehen möchte im Sinne soziökonomischer Veränderungen, dann zeichnet sich bisher ab, dass eine Bewegung zum Sozialismus nur sehr langsam stattfindet. Alvaro Garcia Lenera hat selbst unlängst davon gesprochen, dass das vielleicht in einem so unterentwickelten Land wie Bolivien in fünfzig Jahren zur Debatte stehen wird, einstweilen geht es wohl eher um Korrekturen am bestehenden Modell, die Beseitigung schlimmer Auswüchse des Neoliberalismus, Armutsbekämpfung, die Beseitigung des allerorts anzutreffenden neokolonialen Erbes, nicht mehr und nicht weniger. Soweit die Einschätzung nach wenigen Wochen Amtszeit.